

Zürich, 23. Januar 2023

Annahme der Resolution des Europäischen Parlaments bezüglich der Proteste und Hinrichtungen im Iran

Am 19. Januar 2023 hat sich das EU-Parlament dafür ausgesprochen, die Revolutionsgarde der Islamischen Republik (IRGC) auf die Terrorliste der EU zu setzen. Die Resolution des EU-Parlaments ist rechtlich nicht bindend, dennoch ist sie signalstark. Die EU-Kommission befindet in der kommenden Woche über eine weitere Ausweitung der Sanktionen gegen die Islamische Republik. Unter anderem wird auch die Aufnahme der IRGC auf der Terrorliste der EU diskutiert.

Die USA hat die IRGC bereits 2019 auf die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen. Es gibt geopolitische und nachrichtendienstliche Gründe dafür, weshalb die Revolutionsgarde Charakteristika einer Terrororganisation aufweist und dementsprechend sanktioniert werden muss.

Die IRGC wurde im Mai 1979 vom Revolutionsführer Ruhollah Chomeini gegründet: Einerseits sollten sich paramilitärische und regimetreue Gruppen verbünden. Andererseits misstraute Chomeini der regulären iranischen Armee. Zeitgleich entstand im Libanon die Hizbollah, ebenfalls eine paramilitärische Organisation mit dem Revolutionsführer der Islamischen Republik Iran als geistliche Autorität. Von Anfang an waren diese beiden Terrororganisationen ideologisch verbunden. Die IRGC ist massgebend für die Erstarkung der Hizbollah verantwortlich, ist immer noch die grösste Unterstützerin dieser und begünstigt deren Terrorakte militärisch, finanziell und ideologisch. Die IRGC ist auch am Krieg gegen die Ukraine beteiligt, indem sie Drohnen an Putin liefert und Beraterdienste leistet.

Die IRGC war von Anfang an eine paramilitärische Einheit und gleichzeitig eine «Ideologische Armee» mit der Mission der «Ausweitung Gottes Gesetzes auf der ganzen Welt.» Die IRGC ist nicht nur dafür zuständig die islamische Revolution im Iran selber mit grausamen Mitteln zu verteidigen, sondern ihre Existenz beruht auf den Export von Terror und Gewalt. Europa und die Schweiz sind davon nicht ausgeschlossen. Seit 2015 werden wachsende Aktivitäten des IRGC in Europa und den USA beobachtet.

Vier Monate lang schon kämpfen die Menschen im Iran für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Für ein Ende des Mullah Regimes. Vier Monate lang werden Menschen von der IRGC und ihrer Unterorganisation den paramilitärischen Basij, verfolgt, verprügelt, vergewaltigt und getötet. Free Iran Switzerland fordert den Bundesrat auf, eine Wende in der Iran-Politik zu vollziehen und dabei u. a. die IRGC und die paramilitärische Basij auf die Terrorliste zu setzen und personalisierte Sanktionen gegen die Machtelite der islamischen Republik auszusprechen.

Auch die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) spricht sich für eine Wende der Iran-Politik des Bundes aus. In der Frühlingsession werden zwei Geschäfte zu diesem Thema behandelt: Die Kommissionsmotion der APK-N, in der der Bundesrat beauftragt wird, die iranische Zivilgesellschaft im Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen und die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen vollständig zu übernehmen ([22.4278](#)). Die Mehrheit der APK-N spricht sich dafür aus, dass der Nationalrat sich in einer Erklärung für den Minderheitenschutz im Iran ausspricht und die exzessive Gewalt der islamischen Republik verurteilt ([23.020](#)).

Free Iran Switzerland ist eine offene Plattform, auf der alle demokratisch gesinnten Menschen in der Schweiz willkommen sind, die das iranische Volk in seinem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit unterstützen möchten. Die Plattform schafft einen Ort für Austausch und setzt sich zum Ziel, dass die Schweizer Politik ihre Guten Dienste für einen freien, säkularen und demokratischen Iran einsetzt.

Free Iran Switzerland ist eine der unterstützenden Organisationen der Demonstration in Strassburg.

Twitter: <https://twitter.com/Freeiran.ch>

Instagram: <https://www.instagram.com/freeiran.ch/>

Webseite: <https://freeiran.ch>